

Zwei Vertreter der Menschenrechtsorganisation United For Freedom haben am 10. Dezember unter anderem gegen Angela Merkel eine **Völkerrechtliche Strafanzeige** bei der Generalbundesanwaltschaft eingereicht. Die Strafanzeige betrifft die **Hauptverantwortlichen in Deutschland wegen des Vorabkaufvertrages zwischen EU und BioNTech/Pfizer.**

Die Hauptverantwortlichen haben dem Vorabkaufvertrag zwischen EU und BioNTech/Pfizer in Deutschland Geltung verschafft und dafür gesorgt, dass ein Impfstoff mit unbekanntem Risiko in Deutschland verbreitet werden konnte.

Angela Merkel hat als Bundeskanzlerin alles dafür getan, dass der in großer Menge gekaufte Impfstoff von BioNTech/Pfizer tatsächlich auch verabreicht wurde. Am 19. Februar 2021 gab die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich einer Pressekonferenz ihre Überzeugung kund, die Pandemie sei „erst besiegt, wenn alle Menschen auf der Welt geimpft sind“.

s.
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/archiv-mediathek/pressekonferenz-von-kanzlerin-merkel-nach-der-g7-videokonferenz-1860056>

Die Bundesregierung verfolgte unter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Politik, die darauf abzielte, ungeimpften und nicht genesenen Personen die Teilnahme am öffentlichen Leben mit der Einführung von „2G“ und „3G“ zu verwehren bzw. zu erschweren.

Marianne Grimmenstein-Balas, Sprecherin der Bürgerinitiative Gemeinwohl-Lobby, und Uwe Kranz, ehemaliger LKA-Präsident Thüringen, erstatten die völkerrechtliche Strafanzeige gegen die folgenden Personen:



- Ehemalige Bundeskanzlerin ANGELA MERKEL,
- Ehemaliger Bundesminister für Gesundheit JENS SPAHN,
- Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts KLAUS CICHUTEK,
- Bundeskanzler OLAF SCHOLZ,
- Bundesminister für Gesundheit Karl Lauterbach,
- Virologe und Institutsdirektor an der Charité CHRISTIAN DROSTEN,
- Bundesminister für Verteidigung BORIS PISTORIUS und andere

Die Bewegung ZAAVV (Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen) hat auch am 10 Dezember 592 Strafanzeigen gegen 562 Bundestagsabgeordnete, 15 Mitglieder des Bundesrates, 8 Richter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts und den Bundespräsidenten wegen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht eingereicht.

Mehr Informationen <https://gemeinwohl-lobby.de/>

[Strafanzeige gegen die Hauptverantwortlichen des Vorabkaufvertrages zwischen EU und BioNTech/Pfizer](#)

Titelbild: [dianakuehn30010, pixabay](#)



Werbung

